VIAG INTERKOM

Neuer Chef

Zum vierten Mal bahnt sich bei der Viag Interkom ein Wechsel in der Geschäftsführung an. Bereits in den nächsten Wochen soll Peter Briese seinen Chefsessel beim bayerischen Telekom-Konkurrenten räumen. Der 53jährige Manager, der erst Anfang des Jahres vom Industriekonzern Agiv zum Mobilfunkbetreiber nach München wechselte, ist intern in die Kritik geraten. Ihm wird vorgeworfen, sich zuwenig Branchenkenntnisse für das harte Telefongeschäft angeeignet zu haben. Besonders der geplante Ausbau des internationalen Geschäfts sowie des Handy-Netzes E 2 wird Briese nicht mehr zugetraut. Seine Nachfolge soll Viag-Telekommunikationsvorstand Maximilian Ardelt antreten, der den Aufbau der Telefonsparte beim bayerischen Mischkonzern maßgeblich vorangetrieben hat. Mit Ardelt präsentiert die Viag nach Lutz Meyer-Scheel, Martin Furuseth und Briese bereits den vierten Interkom-Geschäftsführer in nur gut zwei Jahren. Langfristig soll diese Lösung jedoch auch nicht sein. Nach Abschluß der auf ein bis zwei Jahre konzipierten Aufbauphase will Ardelt, der seinen Vorstandsposten bei der Viag behält, einen Manager aus den eigenen Reihen an die Spitze des Unternehmens berufen.

LEIMDORFER / REA / LAIF

Arbeiten an Mobilfunk-Antennen-Anlage

DRESDNER BANK

Riskante Kredite

Die Dresdner Bank hat Probleme mit der Risikovorsorge für Kredite in Lateinamerika. Auf 3,4 Milliarden Mark bezifferte Vorstandschef Bernhard Walter Anfang Oktober das langfristige Kreditengagement gegenüber den fünf größten Volkswirtschaften Lateinamerikas. Dabei erwähnte Walter nicht die kurzfristig fälligen Verbindlichkeiten lateinamerikanischer Schuldner von rund vier Milliarden Mark. „Das sehen wir nicht als kritisch an“, begründet Banksprecher Stefan Lutz die zurückhaltende Öffentlichkeitsarbeit. Intern wird die Rückzahlung der kurzfristigen Verbindlichkeiten jedoch sehr wohl als gefährdet eingestuft, vor allem, wenn sich die Krise verschärft. Eine Risikovorsorge für die lateinamerikanischen Staaten existiert in der Bankbilanz bisher nicht.

A. FROESE

Walter

TELEKOMMUNIKATION

Krug schlägt zurück

Mit hektischer Betriebsamkeit reagierte die Deutsche Telekom auf die als „bösartiges Täuschungsmanöver“ empfundene Werbekampagne des Konkurrenten Mobilcom. Mit Anzeigen in der Telekom-Farbe Margenta und mit TV-Spots, bei denen ein Sprecher die Stimme von Telekom-Werbestar Manfred Krug imitierte, hatte die norddeutsche Telefonfirma am vorvergangenen Wochenende für Aufregung gesorgt. Noch am Montag trafen sich Juristen und Marketingexperten der Telekom, um den Gegenschlag zu beraten. Nachdem die teilprivatisierte Staatsfirma zunächst mit einstweiligen Verfügungen und einer Zeitungsannonce („Vorsicht, Falle!“) zurückgekeilt hatte, wurde in aller Eile auch noch ein TV-Spot konzipiert und für jeden verfügbaren Werbeplatz am Wochenende gebucht. In dem 45-Sekunden-Film, für den Krug sogar die Dreharbeiten an seiner neuen „Tatort“-Folge unterbrechen mußte, zündet sich der Telekom-Werber eine Zigarre mit der umstrittenen Mobilcom-Anzeige an und murmelt dazu: „Die ist gar nicht von der Telekom, sondern von der Mogelcom … äääh …“ Mobilcom-Chef Gerhard Schmid, der früher für die flotten Sprüche beim Autovermieter Sixt zuständig war, will auf den Gegenschlag nicht reagieren: „Wir sind nicht auf Konfrontation aus, sondern wollen lieber freche und originelle Werbung machen.“

Telekom-Werber Krug

AUFBAU OST

Versteckte Vorteile

Bund und Länder sollen auf einen Teil der ihnen zustehenden Körperschaft- und Einkommensteuer aus ostdeutschen Firmen verzichten. Darauf zielt eine Initiative, die kurz vor der Bundestagswahl im Verwaltungsrat der Treuhand-Nachfolgerin BvS verabredet wurde. Es geht um Darlehen in Milliardenhöhe, mit denen die Treuhandanstalt die Privatisierung früherer Staatsbetriebe unterstützte und deren Rückzahlung den Firmen später oft erlassen wurde. Aufgrund einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs stufen die Steuerbehörden diese Darlehensverzichte nun als verdeckte Gesellschaftereinlagen oder als außerordentliche Erträge ein, die versteuert werden müssen. Auch in Brüssel erregen die erlassenen Darlehen Anstoß: Sie gelten als Subventionen, die in jedem Fall von der EU-Kommission genehmigt werden müssen.